

DIESE GRÜNEN!



EINE STADT AUF PUMP

■ RAUS AUS DEM TEUFELKREIS

Die GRÜNE Fraktion befürchtet, dass sich die Finanzsituation Wuppertals in den nächsten zwei Jahren bis zur Handlungsunfähigkeit zuspitzen wird. Wenn es Unternehmen schlecht geht, zahlen sie weniger Gewerbesteuern. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise bekommt die Stadt aktuell mit Einbußen in Höhe von ca. 60 Mio. Euro zu spüren. Dazu kommt, dass Menschen ihre Arbeitsstelle verlieren werden. Wenn sie nicht schnell einen neuen Job finden, müssen sie von einem mageren Hartz IV-Satz leben. Auch das wird den Wuppertaler Haushalt belasten. Schon heute ist Wuppertal nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft die städtischen Pflichtaufgaben zu finanzieren. Was hilft nachhaltig gegen die drohende Überschuldung?



I. Verschuldete Städte von Zinslast befreien

Wir brauchen einen Schutzschirm für überschuldete Kommunen. Wuppertal würde auf diese Weise jährlich von der Tilgung und von der Zinslast bestehender Kredite befreit; allein die Zinsbelastung beträgt jährlich etwa 40 Mio. Euro, die wir derzeit über neue Kredite finanzieren – ein Teufelskreis. Als Beispiel dient uns der Schutzschirm für „in Not geratene Banken“. Innerhalb von nur einer Woche war es der Berliner Großen Koalition möglich, Milliardensummen zu aktivieren. Eine ähnliche Handlungsbereitschaft erwarten wir für überschuldete Kommunen.

II. Kommunale Finanzreform

Wir fordern die Umsetzung der seit vielen Jahren diskutierten kommu-

nenal Finanzreform. Entfallen müssten nach Himmelrichtungen verteilte Fördermittel, dafür müsste der Bund sich stärker an den Unterkunftskosten für diejenigen beteiligen, die Arbeitslosengeld II beziehen. Allein der Verzicht auf den „Aufbau Ost“ würde Wuppertal jährlich um 25 Mio. Euro entlasten. Die dann zur Verfügung stehenden Mittel aus einem kommunalen Ausgleichsfonds könnte man in den Stadtbau Ost und West je nach Bedarf vor Ort investieren. Darüber hinaus prüft die Stadt Wuppertal eine Klage gegen das Land NRW, da ihr die Mittel fehlen, allein den kommunalen Pflichtaufgaben nachzukommen. Dafür müsste das Land eigentlich sorgen.

III. Strukturimpulse aktiv nutzen

Wuppertal müsste die bereits beste-

henden Strukturimpulse aus Bund, Land und Europa strategisch besser nutzen und zusammen mit der heimischen Industrie, dem heimischen Handwerk, der Uni und anderen Kooperationspartnern Projekte im Bereich neuer und umweltgerechter Technologien entwickeln.

Ein Gründer- und Entwicklungszentrum als „Cluster Energieeffizienz“ im Rahmen der Ziel2-Förderung der EU könnte den Weg bereiten für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Damit würde sich Wuppertal als Stadt, die die Energiewende gestaltet, profilieren.

IV. Finanzwirtschaftlich umdenken

Die Wuppertaler Politik und Verwaltung müsste den Rückbau öffentlichen Engagements aktiv gestalten, ohne

dabei fachliche Standards zu senken. Folgende Positionen wären in diesem Zusammenhang zu diskutieren:

- Weniger Personal im Büro OB
- Effektivere dezernatsübergreifende Zusammenarbeit im Verwaltungsvorstand
- Weniger externe Gutachten für die Stadtverwaltung
- Städteübergreifendes, gemeinsames bergisches Gebäudemanagement, Sportamt, Kulturbüro, Symphonieorchester, Schauspiel- und Operensemble, gemeinsamer kommunaler Ordnungsdienst und Stadtwerkeverbund, gemeinsame Entsorgungs- und Abfallwirtschaftsgesellschaft, Aus- und Fortbildung, Wirtschaftsförderung sowie IT- und EDV-Lösungen
- Verzicht auf das Gewerbegebiet Kleine Höhe und die damit einhergehenden Zusatzkosten (Entwässerung)
- weniger Bezirksvertretungen
- Sitzungsbeginn der städtischen Gremien nach 18 Uhr, um Ausgleichszahlungen an die Arbeitgeber der (ehrenamtlichen) Stadtverordneten zu vermeiden
- mehr Heimarbeitsplätze, flexiblere Arbeitszeiten
- Vereinsträgerschaft von Sporthallen und Schwimmbädern
- Verkauf des Stadions am Zoo

Insgesamt ist eine Organisationsuntersuchung und Aufgabenkritik in der gesamten Stadtverwaltung notwendig, aus der sich weitere Einsparpotenziale ergeben können. Die Öffentlichkeit soll entscheiden, was davon umgesetzt wird.

V. Transparenz

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist Transparenz wichtig, damit BürgerInnen Sparmaßnahmen nachvollziehen können. Anregungen und kreative Impulse aus der Bevölkerung zur Konsolidierung der Finanzen gilt es aufzugreifen, zu diskutieren und zu prüfen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer ist – geht so! Die Sonnenseiten Wuppertals sind dabei ebenso wenig selbstverständlich wie ein traumhafter Sommer in unserer Stadt. Auf letzteres haben wir keinen Einfluss, aber an ersterem würden wir gern weiter arbeiten.

Die GRÜNE Fraktion hat in den letzten fünf Jahren für ein ökologisches und soziales Wuppertal gekämpft, hat sich eingemischt, um unsere Stadt noch lebenswerter zu machen. Nun steht die Kommunalwahl vor der Tür, und für diese Fraktion geht die Arbeit damit zu Ende.

Wenn Sie auch in Zukunft eine starke GRÜNE Stimme in Wuppertal wollen, die kritisch hinterfragt, Ideen hat und Zukunftskonzepte entwickelt, dann setzen Sie bei der Kommunalwahl am 30. August auf GRÜN!

Wir würden uns freuen, als neue Fraktion weiter an der Zukunft eines liebens- und lebenswerten, gesunden und starken Wuppertal zu arbeiten. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr Redaktionsteam

GROSSE KOALITION IST...



ANZEIGE

STILLSTAND



AUS DEM INHALT

Seite 2
25 Jahre GRÜNE Ratsfraktion

Seite 3
Bilanz der GRÜNEN Stadtverordneten

Seite 4
Jugendkriminalität vermeiden

Seite 5
Klimaschutzprogramm

25 JAHRE GRÜNE IM RAT DER STADT WUPPERTAL

■ WIE ALLES BEGANN...

1984 wählten die WuppertalerInnen die GRÜNEN erstmals ins Stadtparlament. Mit 10,6 Prozent der Stimmen bekamen sie von 18.027 BürgerInnen einen deutlichen Auftrag, sich im Rat der Stadt einzubringen und Wuppertal eine GRÜNE Stimme zu geben.

Kurz vor der Kommunalwahl hatten die Wuppertaler GRÜNEN nach langer, kontroverser Diskussion das Rotationsprinzip abgeschafft, wonach die städtischen Abgeordneten nie länger als für eine Wahlperiode dem Wuppertaler Rat angehören durften. Sieben GRÜNE zogen ins Rathaus ein, und mit Peter Meister hatten sie einen Fraktionssprecher an der Spitze, der Dinge auf den Punkt bringen und GRÜNE Anliegen sehr klar und deutlich, auch provokant vertreten konnte.

Die SPD brauchte 1984 Partner für die Wahl ihrer Oberbürgermeisterin: Mit einem vorbereiteten Forderungskatalog gingen die GRÜNEN in öffentliche Verhandlungen. Das Medieninteresse war groß, als DIE GRÜNEN mit 33 Stimmen für und 23 Stimmen gegen den ausgehandelten Vereinbarung über eine Kooperation im Rathaus stimmte. Irmgard Wohlert wurde stellvertretende Bürgermeisterin. Ihr folgten mit der Zeit in vielen Städten andere GRÜNE BürgermeisterInnen. Wuppertal schrieb Geschichte: die erste GRÜNE Ratsfraktion, die erste Oberbürgermeisterin mit GRÜNER Unterstützung, die erste GRÜNE Bürgermeisterin – und damit gleich zwei Frauen in der Stadtspitze waren eine Sensation. Entsprechend groß war auch das bundesweite Medieninteresse zur ersten Ratssitzung im Oktober 1984. Die rot-GRÜNE Zusammenarbeit erwies sich zunächst als gut. So



Die erste GRÜNE Fraktion (v.l.n.r.): Peter Meister, Christel Harz, Jens Petring, Ferdi Meinzen, Ulrich Horst, Irmgard Wohlert, Thomas Lenz. Der Platz 0 wird symbolisch mit Metin Uzunoglou besetzt, um deutlich zu machen, dass DIE GRÜNEN kommunales Wahlrecht für alle WuppertalerInnen fordern.

wurde beschlossen, alternative Mittel im Winterstreudienst einzusetzen und die Kleinen Höhe nicht zum Gewerbegebiet zu entwickeln. Eine Gleichstellungsstelle wurde eingerichtet. Ein gemeinsames Vorgehen zur L 418 allerdings lehnte die SPD schon bald ab. Auf Initiative der GRÜNEN wurde Matagalpa (Nicaragua) Partnerstadt Wuppertals, außerdem begann man, Bäche zu renaturieren und Fassaden zu begrünen.

1986 entflammte nach der Katastrophe von Tschernobyl die Atomdiskussion erneut auch in Wuppertal. In einer Ratssitzung, in der es auf Antrag der GRÜNEN um dieses Thema ging, eskaliert eine Demonstration gegen Atompolitik. Die DemonstrantInnen versuchen, das Rathaus zu stürmen – eine seltsame Situation für die GRÜNEN Ratsmitglieder, mit einer Demonstration konfrontiert zu sein, an der auch viele GRÜNE teilnahmen. 1987 wurde gegen den Willen der GRÜNEN die Wuppertaler Straßenbahn stillgelegt.

Trotz unserer Initiative, sie zu erhalten und sinnvoll zu erweitern, war der Beschluss nicht mehr rückgängig zu machen. Auf Antrag der GRÜNEN fasste der Rat der Stadt Beschlüsse zu einem ökologischen Umbau der Stadt und zu einer umweltgerechten Stadtentwicklung. Leider erwies sich in Folge auch an diesem Punkt, dass Papier geduldig ist und städtisches Umdenken Zeit braucht. Ein großer Erfolg war für die GRÜNEN, dass sie sich 1989 mit beharrlicher Forderung nach einem Umweltdezernat und Umweltamt durchsetzen konnten. Harald Bayer machte sich als GRÜNER Umweltdezernat einen Namen und gab gemeinsam mit der GRÜNEN Fraktion dem Handlungsfeld Umweltschutz ein ganz neues Gewicht in der Ratsarbeit. Mit der gleichzeitigen Einrichtung einer Umweltkommission, später Umweltausschuss, ist den GRÜNEN ein nachhaltiger Erfolg für ein lebenswertes und gesundes Wuppertal gelungen.

25 JAHRE GRÜNE RATSFRAKTION

■ UND HEUTE?

Die jetzige Fraktion startete mit starkem Rückenwind in die Arbeit. Von der alten, dreiköpfigen Fraktion aus verdreifachte sich die Zustimmung für GRÜNE Politik, so dass die neue Fraktion nach der letzten Kommunalwahl 2004 neun Stadtverordnete bekam – eine wirklich gute Arbeitsgrundlage.

Nachdem wir im ersten Jahr der Ratsperiode eine Zusammenarbeit auf kleinstem Nenner mit der CDU versuchten – zugegeben schwierig –, standen wir im Anschluss und stehen wir bis heute einer Großen Kooperation der Ernüchterung aus CDU und SPD gegenüber. Seitdem sind wir in der Rolle der Opposition. Mehr und mehr wurde deutlich, dass mit dieser Umstellung nur noch der Oberbürgermeister, der Stadtkämmerer und die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD etwas in dieser Stadt zu sagen haben. Beiden Fraktionen ist gemeinsam, dass sie eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen generell ablehnen. Dabei war der Wahlslogan der CDU vom Wort „gemeinsam“ geprägt gewesen – eine reine Farce. Ob es um den Bau der JVA auf Erbschlöh oder die Ansiedlung von IKEA ging – die BürgerInnen haben kein Mitspracherecht bei der Planung mehr. Beim Thema Bürgerhaushalt setzt sich das Prinzip fort.



Obwohl das transparente, für BürgerInnen offene Verfahren der schwierigen Haushaltsberatungen in anderen Städten wie etwa Köln oder Hilden erfolgreich umgesetzt wird – die Entscheider in Wuppertal lehnen es strikt ab. Eine weitere Entscheidung war, unseren GRÜNEN, über Parteigrenzen hinweg geschätzten Umweltdezernenten Harald Bayer Schritt für Schritt zu entmachten und ihm zuletzt das Umweltressort zu entziehen. Auf dem Weg dahin wurde die Baumschutzsatzung gekippt – gegen den heftigen Widerstand der Bevölkerung. Die Stadtspitze entzieht sich auch jetzt vor den Kommunalwahlen der notwendigen Diskussion über die Folgen der Finanzkrise für Wuppertal, indem sie

sich weigert, den BürgerInnen reinen Wein einzuschenken und zu erklären, an welchen Stellen im Haushalt wie viel gespart werden soll. Da bleiben auch Forderungen des Regierungspräsidenten auf der Strecke, der die Sparvorschläge bis Ende Juni dieses Jahres eingefordert hatte. In der Freien Wirtschaft würde solch verantwortungsloses Verweigerungsverhalten personelle Konsequenzen nach sich ziehen. Die GRÜNE Fraktion hat über die letzten Jahre als Gegenmodell zur Politik von CDU und SPD eine konsequent bürgernahe Politik betrieben und geht jetzt mit gutem Gewissen in die anstehenden Wahlkämpfe. Nicht zuletzt das gute Ergebnis auch bei der Europawahl bestärkt uns.

Was ich als GRÜNER Bundestagsabgeordneter für Wuppertal tun will

ANZEIGE

Am 27. September ist Bundestagswahl. Auch bei dieser Wahl zählt Ihre Stimme für GRÜN, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Wuppertal zu verbessern!

Was ich als Ihr GRÜNER Bundestagsabgeordneter demnächst in Berlin für Sie und für Wuppertal tun kann?

Erstens: Die Wuppertaler Wirtschaft, Umwelt und Arbeit stärken. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass unser Land und unsere Wirtschaft zukunftsfest werden. Die alten Lösungen der großen Parteien – „Abwrackprämie“, Staatsgeld für eine rückwärtsgerichtete Autoindustrie oder die Kohlebranche – funktionieren nicht mehr. Die Technologien des 21. Jahrhunderts sind grün: Erneuerbare Energien wie Wind, Sonne, Biomasse und Geothermie werden unsere Energieversorgung übernehmen, das Klima schützen und neue, langfristige Arbeitsplätze schaffen. Intelligente und effiziente Technik wird nur noch einen Bruchteil der Energie verbrauchen und CO₂ einsparen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen – und Wuppertal davon profitieren! Denn hier liegen die Arbeitsplätze der Zukunft, „grüne“ Jobs mit Garantie. Und Wuppertal mit seiner langen industriellen Tradition ist in einer guten Position, sich bei diesem Wandel an die Spitze zu stellen.

Zweitens: Den Städten finanziellen Freiraum verschaffen. Ich werde dafür kämpfen, die Haus-



Foto: Privat

haltslage der Städte und Gemeinden zu verbessern. Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform, damit die Kommunen auch in Krisenzeiten ein ausreichendes Einkommen haben. Die Konzentration auf die Gewerbesteuer führt dazu, dass die kommunalen Einnahmen einbrechen, wenn die Konjunktur schwächelt. Also gerade dann, wenn die Mittel am nötigsten gebraucht werden! Dies sind schon zwei gute Gründe, um nicht nur bei der Kommunalwahl, sondern auch bei der Bundestagswahl am 27. September GRÜN zu wählen – für unser Land, für die Bergische Region und für Wuppertal!

Ihr Hermann Ott

20 JAHRE GRÜNER BEIGEORDNETER

■ JUBILÄUM MIT WERTSCHÄTZUNG

Mit einem Empfang sind die 20 Jahre Dienst des engagierten GRÜNEN Beigeordneten Harald Bayer nicht aufzuwiegen. Gefeierte haben zahlreiche Gäste aus Politik und Verwaltung das Dienstjubiläum eines Mannes, dessen Herz für die Umwelt schlägt, trotzdem ordentlich. Auf Einladung der GRÜNEN Fraktion freuten sich die Gäste nicht nur über seine Erfolge, sondern mussten auch mit Harald Bayer über die nicht ganz ernst gemeinten umweltpolitischen Tipps der Musiker André Enthöfer und Ulrich Klan (Fortschritt), die für das Rahmenprogramm sorgten, schmunzeln. Außerst ernst gemeint waren hinge-

gen die Komplimente und der Respekt, den der GRÜNE Landtagsabgeordnete Reiner Priggen MdL und Bürgermeister Lorenz Bahr dem Jubilar entgegenbrachten. Sie erinnerten an die größten Erfolge von Harald Bayer, etwa das Projekt „Lebensader Wupper“, das Klimaschutzkonzept oder den European Energy Award, den Wuppertal unter Harald Bayer verliehen bekam. Außerdem setzte er das „Freiraumprogramms Talachse“ im Rahmen der Regionale um. Von der Vorsitzenden des Umweltausschusses Bettina Brücher bekam Bayer neben Dankesworten auch Geschenke – natürlich ökologisch korrekt.



BILANZ DER GRÜNEN STADTVERORDNETEN

ANJA LIEBERT



Weniger Starenkästen – mehr Kontrollen

2005 – Die CDU tritt mit dem Wahlversprechen an, alle „überflüssigen“ Starenkästen in Wuppertal abzubauen. Öffentlichkeitswirksam werden also Starenkästen abgesehen. 2009 – Heimlich, still und leise wird die CDU von der Realität eingeholt. Dank der Arbeit der parteiunabhängigen Unfallkommission wurden neue Fahrzeuge zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung angeschafft. Gerade in sensiblen Bereichen, vor Schulen, Kindergärten, in Tempo-30-Zonen, aber auch auf der B7 wird die Geschwindigkeit der Fahrzeuge häufiger überwacht und so insgesamt gesenkt – gut so.

Umweltzone – erst der Anfang

Ob CDU und SPD wollten oder nicht – die Umweltzone ist da. Für die GRÜNEN ist sie nur ein erster Schritt, um für gesündere Luft zum Atmen und weniger Feinstaub zu sorgen. Viele weitere Maßnahmen müssen und werden folgen. Es gilt etwa, Bus, Bahn und den Radverkehr stärker zu fördern und Wuppertal zu einer Stadt der kurzen Wege zu machen. Bald werden auch Grenzwerte für Stickoxid ins Blickfeld geraten und zu weiterem Handeln zwingen. Hier zeigt sich, dass die Europäische Union (die die Grenzwerte und die entsprechenden Maßnahmen zu verantworten hat) weit mehr Einfluss auf die Städte hat als viele glauben.

Döppersberg – endlich Vorrang für den Fußweg

Schon immer haben die GRÜNEN gefordert, den Weg zwischen Bahnhof, Busbahnhof und Stadt für FußgängerInnen schöner und sicherer zu machen. Jetzt steht fest, dass der Döppersberg umgebaut wird. Mit dem ersten Förderbescheid ist ein erster entscheidender Impuls verbunden. Der schmutzige Tunnel und das Umsteigen auf der Fahrbahn gehören damit bald der Vergangenheit an. Der Fußgängerweg über den Döppersberg wird schön und lädt auch Gäste bald zum Verweilen ein – endlich ein ansprechendes Eingangstor für Wuppertal.

GABRIELE MAHNERT



Was macht Wuppertal familienfreundlich?

Die Familien und das Familienleben sind vielfältiger geworden. So verschieden wie die Familien selbst sind auch die Maßnahmen, die dazu gehören. Gute Familienpolitik bedeutet deshalb, genau hinzusehen und zu verstehen, was gerade gebraucht wird. Auch zwischen den Stadtteilen gibt es Unterschiede, unterschiedliche Probleme, unterschiedliche Chancen. Wuppertal muss daher auch unterschiedliche Ziele

verfolgen und verschiedene Schwerpunkte setzen. Familienpolitik „von der Stange“ gibt es nicht. Zwar stimmen wir zu, wenn der Oberbürgermeister Familienfreundlichkeit als strategisches Ziel proklamiert. Aber es ist ungenau. Was Familienfreundlichkeit konkret bedeutet, ist eben verschieden, sie hat viele Facetten. CDU und SPD beschränken sich vorrangig darauf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und Familien Hilfen zur Erziehung anzubieten. Um dem näher auf den Grund gehen zu können, was Familien in Wuppertal wirklich brauchen, haben wir einen Familienbericht angestoßen. Damit ist ein erster Schritt getan. In Zukunft soll es diesen Bericht in regelmäßigen Abständen geben. Konkrete Fragen könnten dann sein: Welche Alltagsprobleme haben Familien? Wo sehen sie Defizite vor Ort in den Stadtteilen? Wo brauchen sie Unterstützung? Wie kann die Stadt Familien in ihrer Alltagsorganisation helfen, durch welche Angebote gelingt dies? Die GRÜNEN sind davon überzeugt, dass Politik vor allem dann gut ist, wenn man diejenigen, die sie betrifft, fragt und einbezieht. Denn sie kennen die Situation am besten und können Antworten darauf geben, was aus der Praxis und im Alltag wichtig ist.

MARC SCHULZ



Schulmittagessen – knallharte Kostenforderung

In der kurzen Zeit, in der es im Rat keine große Koalition gab, gelang es auf unsere Initiative hin, Kinder aus bedürftigen Familien von den Kosten für das Schulmittagessen zu befreien. Dieser wichtige und NRW-einmalige Schritt war aber nicht von langer Dauer. Schon nach einem Jahr haben die neu zusammen gekommenen Rathauspartner CDU und SPD diesen Beschluss wieder kassiert, obwohl beide Fraktionen der Entscheidung ein Jahr zuvor zugestimmt hatten – eine bittere Nachricht. Wir GRÜNE haben seitdem im engen Schulterschluss mit den Betroffenen in den Schulen versucht, die Mehrheitsfraktionen für dieses Thema zu sensibilisieren und eine Umkehr zu ermöglichen – leider ohne Erfolg.

Keine sechste Gesamtschule

Zuerst rief man sich verwundert die Augen: Ausgerechnet die CDU, einstmalis erbitterte Gegnerin dieser Schulform, wollte eine sechste Gesamtschule in Wuppertal gründen. Doch aus dem Projekt wurde nichts. Die CDU-geführte Landesregierung torpedierte das Vorhaben, und es ist wahrscheinlich, dass die örtlichen Christdemokraten dies schon vorher vermuteten. Sie konnten sich beliebt machen, mussten aber nichts riskieren. In anderen Städten war man da hartnäckiger und entsprechend erfolgreicher. So aber blieb letztlich der Anmeldesturm auf Gesamtschulen nahezu folgenlos – Pech gehabt, wer keinen Platz bekam. Der Wunsch der Eltern und ihrer Kinder nach zusätzlichen Angeboten blieb ungehört.

BETTINA BRÜCHER



Bergab für Umwelt und Klimaschutz

Mit der Zusammenarbeit von CDU und SPD ging es mit dem Umwelt- und Naturschutz bergab. Bis 2005 waren noch parteiübergreifende Aktionen möglich, etwa Wälder jährlich zu kalken, um sie zu stärken, oder ein neues Handbuch zum Umweltmanagement auf den Weg zu bringen. Die Umweltpolitiker der großen Koalition hingegen setzten trotz der Unterschriften-Protestaktion von 10.000 BürgerInnen die Abschaffung der Baumschutzsatzung durch. Nachdem der Orkan Kyrill Anfang 2007 gewütet und gezeigt hatte, mit welchen Naturgewalten zu rechnen ist, wenn man dem Klimawandel nicht Einhalt gebietet, lehnten CDU und SPD die von den GRÜNEN vorgeschlagenen notwendigen Klimaschutzmaßnahmen kurzer Hand ab. Sie unterstützten die Zerstörung wertvoller Flächen und Biotope im Landschaftsschutzgebiet auf Scharpenacken, um den Bau eines Gefängnisses zu ermöglichen, obwohl es umweltschonende Alternativstandorte gibt. Zum ersten Mal seit dem Einzug der GRÜNEN in den Rat stellten sie in der vergangenen Ratsperiode den Vorsitz im Ausschuss für Umwelt – das hinderte CDU und SPD nicht an einer umwelt- und klimafeindlichen Politik.

Frauenpolitik – dicke Bretter gebohrt

Schon für den Erhalt des Ausschusses für Gleichstellung mussten die GRÜNEN kämpfen – mit Erfolg und Übernahme des Vorsitzes. Auch wenn es als Oppositionspartei schwierig ist, den großen Wurf zu landen, sind wir in diesem Gremium beherrlich am Thema geblieben, haben den Finger in die Wunde gelegt und so auf Missstände aufmerksam gemacht. Dass es im Rathaus nach zehn Jahren nun endlich geschlechtergerechte Sprache gibt, ist beispielsweise uns zu verdanken. Nach ersten Abwehrversuchen von CDU und SPD, die das Thema erfolgreich auf die lange Bank geschoben hatten, haben dann am Ende der Debatte alle Fraktionen eingesehen, dass hier immer noch Handlungsbedarf besteht. In der Frauenpolitik gibt es selten schnelle Erfolge. Der Fortschritt ist zwar eine Schnecke, aber auf lange Sicht lohnt sich das Engagement, wie das Beispiel zeigt.

GERTA SILLER



LORENZ BAHR



Foto: Privat

Klimaschutz als Wachstumsmotor

Auch in Wuppertal und der Region Bergisches Land können neue Jobs im Wachstumsmarkt Erneuerbare Energien geschaffen werden. Seit Jahren fordern DIE GRÜNEN von der Stadt entsprechende Konzepte und beantragten in diesem Juni die Entwicklung und Umsetzung eines Energieeffizienz-Clusters. Die Stadt soll EU-Mittel beantragen, um Unternehmen aus den Bereichen der Energieeffizienz oder der Erneuerbaren Energien zu fördern und hier anzusiedeln: Klimaschutz als Wachstumsmotor für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Gewerbesteuern dieser Unternehmen entlasten die Stadtkasse und verschaffen wieder Handlungsspielraum, etwa für nachhaltige Investitionen – eine doppelte Win-Win-Situation. CDU und SPD stimmten dem GRÜNEN Antrag nicht zu, formulierten aber einen inhaltlich fast identischen Antrag, der – auch von den GRÜNEN – beschlossen wurde. Unter dem Strich und in der Sache also ein Erfolg für die GRÜNEN!

Gerechte Kostenverteilung beim Bauen

Auf Initiative der GRÜNEN hatte der Rat 2007 einstimmig beschlossen, für mehr soziale Gerechtigkeit beim Bauen zu sorgen. Wenn Flächen als Bauland ausgewiesen werden, sind sie automatisch wirtschaftlich viel profitabler als z. B. Grünflächen. Der Rat beschloss, EigentümerInnen die Kosten zu übertragen, die durch die Erschließung ihres Baulandes anfallen. Die Stadt kann dadurch Geld sparen und zusätzliche Einnahmen erzielen, etwa um Altbauten zu sanieren. Seit 2008 gibt es nun den „Mehrwertausgleich für Wuppertal bei der Ausweisung von Bauland“.

Angst vor dem Bürgerhaushalt

Die GRÜNEN sehen eine große Chance darin, das Wissen der BürgerInnen um unsere Haushaltskrise einzubinden. Das könnte mit einem Bürgerhaushalt geschehen – eine Art öffentlicher Beratung des nächsten Haushalts, bei dem die Menschen Sparvorschläge machen können. Unsere Forderung nach einem solch transparenten, bürgernahen und für die Stadt bereichernden Verfahren haben CDU und SPD aber abgelehnt. In anderen Städten wie Köln, Hamm oder Hilden hat sich der Bürgerhaushalt bereits bewährt, in Köln etwa kamen 4000 Sparvorschläge aus der Bürgerschaft.

Fesseln für die Stadtwerke

Der öffentliche Nahverkehr ist ein Verlustgeschäft für die Wuppertaler Stadtwerke (WSW). Um es trotzdem betreiben zu können, ohne Ticketpreise ins Unermessliche zu erhöhen, muss das nötige Geld anderweitig erwirtschaftet werden. Deshalb ist die so genannte „wirtschaftliche Betätigung“ kommunaler Unternehmen nötig. Die aber hat die CDU/FDP-Landesregierung letztes Jahr stark eingeschränkt – eine Katastrophe! Dagegen gab es mehrere Demos in unserer Stadt. Es bleibt abzuwarten, welche Folgen diese Änderung der Gemeindeordnung für die KundInnen der WSW hat.

Kommunale Finanzkrise

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Finanzkrise, die uns im September 2008 getroffen hat, auch die Stadt Wuppertal mit ihrem hohen Exportanteil trifft und Einnahmen wegbrechen. Die große Koalition weigert sich jedoch, die deshalb notwendigen Sparbeschlüsse noch vor der Kommunalwahl bekannt zu machen. Diese Verweigerung zieht die Stadt Wuppertal Woche für Woche, Monat für Monat tiefer in die Finanzkrise hinein. Dieses Vorgehen der Verantwortlichen von CDU und SPD stellt alles bis jetzt Dagewesene in den Schatten.

FORSETZUNG AUF SEITE 4

SUSANNE SPERLING



Schwimmoper – alt wird neu

Nachdem sich die WuppertalerInnen 1996 in einem Bürgerbegehren für die Instandsetzung der Schwimmoper ausgesprochen hatten, begannen 2007 endlich die Arbeiten für den Umbau des einzigartigen

Schwimmbades. Wir freuen uns auf eine moderne Wettkampfstätte mit 1.600 Plätzen. Diese Investition stützt Wuppertals Position als Zentrum für den Schwimmsport, und eines der imposantesten Gebäude der Stadt bleibt erhalten.

Neue Sporthalle für den Wuppertaler Osten

Aufatmen für die Gesamtschule sowie SportlerInnen in Langerfeld: Der Neubau einer Dreifeldersporthalle bis 2011 wurde beschlossen.

Energiesparende Sportstätten

Ob im Langerfelder Gartenhallenbad oder in der Heckinghauser Sporthalle – Energiesparmaßnahmen machen sich auf Dauer für alle bezahlt. Die entsprechende Sanierung der Schwimm- und Sportstätten ist ein fortlaufender Prozess, der Arbeit schafft und hilft, zukünftig Betriebskosten zu sparen.

PAUL YVES RAMETTE



Wuppertal begrüßt seinen Nachwuchs

Auf Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen Jugendhilfeausschuss und Rat das Babybegrüßungspaket. Es enthält unter anderem ein umfassendes Informationspaket über städtische Hilfestellungen für Kinder und Eltern in Wuppertal. Unser Ursprungsantrag empfahl eine Übergabe

des Babybegrüßungspaketes durch MitarbeiterInnen des Jugendamts – ein frühes Kennenlernen stärkt ein Vertrauensverhältnis von Anfang an. Dazu konnten sich die anderen Fraktionen leider nicht durchringen. Nun erhalten frisch gebackene Eltern das Paket von ihrer Kinderärztin oder ihrem Kinderarzt. Und wenn Eltern und Kind dort gar nicht erscheinen?

Mehr Arbeit im Jugendamt: mehr Personal

Wuppertal ist keine reiche Stadt. So gibt es in Wuppertal auch viele bedürftige Eltern, die kaum verdienen oder gar keine Arbeit haben, und Kinder, die mit diesen schlechteren Startchancen aufwachsen. Außerdem muss die Integration der Kinder und Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln noch besser werden. Beides führt dazu, dass das Jugendamt sich um mehr Menschen kümmern muss. Um trotzdem alle Kinder und Jugendlichen individuell betreuen und fördern zu können, waren mehr MitarbeiterInnen nötig, was auch ein externes Institut bestätigt hat. Gesagt – getan.

JUGENDKRIMINALITÄT VERMEIDEN

■ PRÄVENTION VON ANFANG AN



Beim Thema Kriminalität hat man es schnell mit gefühlten Werten, Annahmen und einer diffusen Angst zu tun. Die GRÜNEN wollten es genauer wissen und luden Fachleute und Sachverständige zu einer Podiumsdiskussion ein, um über Daten und Fakten der Jugendkriminalität zu reden und vor allem zu reflektieren, wie man sie von vorn herein verhindern kann. So fand sich am 30. Juni 2009 ein hochkarätiges, fachkundiges Podium im Ratssaal zusammen. Ewald Groth, GRÜNER Landtagsabgeordneter, brachte aus seiner Tätigkeit in der Enquetekommission des Landtags viele Ansätze für eine effizientere Präventionsarbeit mit. Sein Vortrag bot Stoff für eine angeregte Diskussion zwischen den Sachverständigen – etwa die Jugendrichterin Andrea Sauter-Glücklich, Bernd Schäckermann,

Geschäftsführer des CVJM Oberbarren, unser jugendpolitische Sprecher Paul Yves Ramette - und weiteren Gästen. Einig war sich das Podium, dass es einen erheblichen Unterschied gibt zwischen der von vielen Menschen gefühlten Gewalt und den tatsächlichen Zahlen. Dramatische Zuwächse bei der Jugendkriminalität sind nicht zu verzeichnen. Jugendliche begehen vor allem Bagatelldelikte. Nicht leugnen kann man aber, dass sie während der letzten Jahre anderen immer schwerere Körperverletzung zugefügt haben. Zudem geben jugendliche IntensivtäterInnen Anlass zu großer Sorge: Bei schweren Straftaten sind nur 5 Prozent der jugendlichen TäterInnen für ganze 50 Prozent aller Taten verantwortlich. Am Ende der Veranstaltung standen zentrale Erkenntnisse: Prävention muss

so früh wie möglich im Leben der Kinder einsetzen und sie muss zu einer Pflichtaufgabe werden. Dies gelingt nur mit einer entsprechenden verlässlichen Finanzierung. Allerdings ist dies gut angelegtes Geld, denn die Folgekosten von Kriminalität sind weitaus höher.

Eine weitere Forderung war, im Umgang mit jugendlichen MehrfachtäterInnen konsequenter zu sein. Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung wünschten sich außerdem einen regelmäßigen Austausch und eine bessere Zusammenarbeit aller Institutionen, die in den Bereichen Prävention und Intervention arbeiten. Ewald Groth versprach, die Erfahrungen und Wünsche der Wuppertaler Fachleute in die Landtags-Enquetekommission für eine effektive Präventionspolitik mit einzubringen.

UNERFÜLLBARE BEDINGUNGEN

Flüchtlinge, die hier zu Hause sind, nicht ausweisen!

Allein in NRW leben 40.000 immer wieder neu auf Zeit geduldete Flüchtlinge, viele von ihnen seit Jahren, in Wuppertal. Sie kämpfen für eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, um den Zustand der ständigen Ungewissheit beenden zu können und endlich dort anzukommen, wo sie längst zu Hause sind.

Die „Altfallregelung“ sieht vor, dass diejenigen Menschen eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, die seit acht bzw. als Familie seit sechs Jahren hier leben. Spätestens am Stichtag 31. Dezember 2009 müssen sie allerdings nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt in den letzten 30 Monaten durch Erwerbstätigkeit selbstständig bestreiten konnten, ohne Bezug von Sozialleistungen.

Diese Vorgaben zu erfüllen, ist nahezu unmöglich. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise haben selbst Einheimische Schwierigkeiten, Arbeit zu finden. Gerade nur auf Zeit geduldete Flüchtlinge bekommen häufig Niedrigstlöhne, von denen man nicht leben kann – sofern sie überhaupt eine Anstellung finden. So hatten viele von ihnen keine Chance auf ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis mit ausreichendem Einkommen, insbesondere Menschen, die eine Familie ver-

sorgen müssen. Der Stichtag am Ende dieses Jahres nähert sich, und viele der noch geduldeten Flüchtlinge können die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung nicht erfüllen. Seit Oktober 2008 fördert zwar ein Bundesprogramm den Zugang dieser Menschen zum Arbeitsmarkt, doch auch wer nun Arbeit gefunden hat, kommt nicht auf die geforderten 30 Monate Erwerbstätigkeit.

Wie einige andere Städte in Nordrhein-Westfalen hat auch in Wuppertal der Rat auf GRÜNE Initiative hin Ende Juni eine Resolution verabschiedet. Darin werden Bund und Land aufgefordert sicherzustellen, dass langjährig geduldete Flüchtlinge nicht infolge von Umständen, die sie nicht zu vertreten haben, ausgewiesen werden. Dazu soll die Frist für die Altfallregelung über den 31. Dezember 2009 hinaus verlängert werden. Auch der Städtetag und der NRW-Innenminister sollen sich für eine solche Verlängerung der Bleiberechtsregelung einsetzen.

grün[®]
Keiner wie wir.

DANKE PINA BAUSCH

Große Trauer und Bestürzung hat der plötzliche Tod von Pina Bausch am 30.06.2009 bei der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausgelöst. Wuppertal hat seine größte Künstlerin, Choreographin von weltweitem Ruf verloren. Dieser Verlust ist unersetzlich.



© Foto: Medienzentrum, Gerd Neumann

Seit Beginn ihrer Tätigkeit in den 1970er Jahren hat sie ihr künstlerisches Werk mit Mut, Kreativität, Originalität und großer Hingabe erzählt und gelebt. Sie hat hier den Grundstein für weltweite Bewunderung und Anerkennung gelegt, die Ihresgleichen sucht. Wir sind dankbar für die großartige Kunst, die Pina Bausch mit ihren TänzerInnen uns allen geschenkt hat. Mit ihrem Tanztheater und der Stärke ihrer Stücke hat Pina Bausch Wuppertal in alle Welt getragen und ist trotzdem ihrer „Alltagsstadt“ treu geblieben. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird ihre Person und ihr Werk weiter verehren und sich immer mit Bewunderung und Dankbarkeit an eine große Künstlerin erinnern.

ANZEIGE

BARMEN: GRÜNE INSELN - ALTE SCHÄTZE - NEUE IDEEN

„Auf ins Grüne“ geht es am **Sonntag, den 16. August**, als Stadtwanderung durch Barmen.

Dass Barmen nicht nur auf eine interessante Geschichte zurückblicken kann, wollen wir an einigen Punkten unserer Wanderung deutlich machen. Los geht es um 10:30 Uhr im **Engelsgarten**, wo Eberhard Illner vom Historischen Zentrum einen kurzen Vortrag halten wird. Weiter geht's zum **„Schilda“ am Wupperufer** und nach einem kleinen Aufstieg zum Hohenstein, wo die Landschaftsarchitektin Dr. Antonia Dinneber uns die Umgestaltung der Grünanlage näher bringen wird. Später kreuzen wir die **Nordbahntrasse** und gehen ins Tal hinab, um kurz darauf vorbei an der neuen **Musikhochschule** auf den Sedansberg zu steigen. Weiter führt unser Weg zur Münzstraße und in das Gebäude der **Konsumgesellschaft Vorwärts**. Dazu werden wir Näheres in einem Vortrag von Dr. Arno Mersman sowie auf einigen Schautafeln erfahren. Die abschließende Einkehr führt ins **Café Best** (Mühlenweg 48), wo wir uns mit einer Auswahl leckerer Kuchen verwöhnen lassen können.

Treffpunkt: 10:15 Uhr im Engelsgarten
ÖPNV: Schwebebahn (Adler Brücke) oder Buslinie 640

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL
www.gruene-kvwuppertal.de

GASTBEITRAG JÜRGEN ALTMANN: ÖKOPROFIT® GEHT IN DIE 7. RUNDE

■ BETRIEBSKOSTEN SENKEN – IMAGE STEIGERN – UMWELT SCHÜTZEN!

Angesichts steigender Bezugspreise für Energie, Wasser und Rohstoffe stellt sich für viele Unternehmen die Frage, wie sie auf diese Kostenlawine reagieren können.

Verbrauchsreduzierung ist hier die einzige Möglichkeit, die Kostensteigerungen im Griff zu halten. Doch wie lässt sich dieses nachhaltig realisieren? Eine Antwort auf diese wichtige Frage

finden Unternehmen durch eine Teilnahme an dem von der Landesregierung geförderten Erfolgsprojekt ÖKOPROFIT®. Fast 1.000 Betriebe haben in den letzten Jahren in NRW an diesem Projekt teilgenommen und dadurch ihre Betriebskosten zum Teil in erheblichem Umfang senken können. Seit acht Jahren wird dieses Gemeinschaftsprojekt der Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid höchst erfolgreich durchgeführt. Mittlerweile haben fast 90 Unternehmen die Chancen, die mit diesem Projekt verknüpft sind, erkannt. In Wuppertal waren dies beispielsweise A. H. Winterberg GmbH & Co. KG, Clemens Sterthues GmbH, Coroplast Fritz Müller GmbH & Co. KG, ETAP Hotel, KNIPEX-Werk C. Gustav Putsch KG, Lackfabrik Dr.

A. Conrads Nachf. KG, St. Remigius-haus Alten- und Pflegeheim, Wuppertaler Stadtwerke. Bei einem einmaligen Einsatz von 2.000 Euro bis 8.000 Euro in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße sparen diese Unternehmen seither im Durchschnitt 30.000 Euro pro Jahr an Betriebskosten ein! Hinzu kommt noch eine Reihe weiterer Vorteile wie Imagesteigerung, Netz-

werkbildung, Vorbereitung auf die ISO 14.001 u. a. Aufgrund dieses Erfolges soll im Sommer 2009 ÖKOPROFIT® im Bergischen Städtedreieck eine Neuaufgabe erfahren. Unternehmen, die Interesse haben, können sich melden bei der

Wirtschaftsförderung Wuppertal, Jürgen Altmann, Tel. 02 02 / 24807 30, altmann@wf-wuppertal.de



Foto: Wirtschaftsförderung Wuppertal

NEUES WUPPERTALER KLIMASCHUTZPROGRAMM AUFGELEGT

■ GRÜNER ERFOLG MIT „CDU/SPD“-ETIKETT

Derzeit produziert jede Wuppertalerin und jeder Wuppertaler im Durchschnitt ganze 6 Tonnen CO₂ pro Jahr – das kann auf Dauer nicht gut gehen, der Klimawandel schreitet rapide voran. Deshalb, so sieht es eine Vereinbarung des Klimabündnisses vor, zu dem Wuppertal seit 1991 gehört, sollen die CO₂-Werte ab 2010 alle fünf Jahre um 10 Prozent niedriger werden.

Um eine klimagerechte Stadt zu werden, hat Wuppertal sich 1996 verpflichtet, bis 2010 38 Prozent weniger klimaschädliches Kohlendioxid zu produzieren als noch 1992. Wie ist nun die Bilanz kurz vor dem Zieldatum? Laut Verwaltungsbericht ist das Ziel

zwar nicht erreicht, aber seit 1996 lassen wir schon rund 1 Million Tonnen CO₂ weniger pro Jahr in die Luft. Im Großen und Ganzen spricht der Bericht von einer erfolgreichen Umsetzung des Programms. Die Umrüstung des Heizkraftwerkes Barmen von Kohle auf Gas und Dampf brachte die größte Einsparung, sie war allerdings ursprünglich gar nicht eingeplant. Andere Maßnahmen wurden dagegen vergessen oder blockiert – auf Scharpenacken etwa sollten zwei Windkraftanlagen entstehen, was angeblich wegen des dortigen Naturschutzgebiets inakzeptabel sei; jetzt wird dort ein Gefängnis gebaut. Der Rat hat das neue Handlungsprogramm für die Jahre 2009 bis 2020 einstimmig beschlossen, das uns

auf dem Weg zu einer klimagerechten Stadt weiterbringen soll und das – anders als das erste Konzept – auch die Emissionen an Kohlendioxid berücksichtigt, die im Verkehr entstehen. Ziel ist, den Durchschnittswert pro Kopf auf 2,5 Tonnen CO₂ pro Jahr zu reduzieren.

Nach Auffassung der GRÜNEN ist im neuen Handlungsprogramm zwar ganz schön viel Klimaschutz drin, aber nicht genug, um wirklich die gesteckten Ziele zu erreichen. Das neue Programm setzt vor allem auf Energieeffizienz. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien spielt keine große Rolle. Wir meinen, dass für wirkliche Fortschritte im Klimaschutz dreierlei wichtig ist: Energie einsparen, Energie effizienter nut-

zen und mehr auf Erneuerbare Energien setzen. Diese drei Säulen waren Bestandteil eines GRÜNEN Ergänzungsantrages zum Thema Energieeffizienz-Cluster. Wir haben gefordert, Klimaschutz und Wirtschaftsförderung miteinander zu kombinieren und Unternehmen der Umweltwirtschaft verstärkt in Wuppertal anzusiedeln. Als Standort des Wuppertal Institutes, der Energieagentur NRW, der Bergischen Universität und des UNEP-Centers bietet Wuppertal die besten Voraussetzungen, um grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Wuppertal und das Bergische Land sollten den Jobmotor der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Im Rahmen der europäischen Ziel2-Förderung könnte das Bergische Land zusammen

mit IHK und Handwerk für ein solches Projekt grünes Licht bekommen.

Im Rat wurde ein inhaltlich ähnlicher Antrag beschlossen, allerdings musste „CDU und SPD“ darüberstehen, damit die Großkoalitionäre ihm zustimmen konnten. Da es uns nicht um Namen, sondern um die Sache geht, haben wir dem CDU/SPD-Antrag zugestimmt und hoffen, dass die Verwaltung noch rechtzeitig innerhalb der Fristen für Ziel2-Projekte Fördergelder beantragen kann.

Darüber hinaus formulierten wir in unserem Antrag die Forderung, Solaranlagen auch auf Dächern von denkmalgeschützten Häusern zuzulassen – aber so weit waren CDU und SPD leider noch nicht.

EIN IDYLL FÜR 15.000 HÜHNER?

■ WISSENSCHAFTLER, UMWELTPOLITIKER UND MEDIEN SKEPTISCH

Dass in einem Massenstall, der am Fettenberger Weg am Dönberg geplant ist, 14.940 Hühner nach Vorgaben der ökologischen Landwirtschaft leben können, ist weiterhin höchst fraglich. Um die Einschätzung verschiedenster Fachleute aus Wissenschaft und Praxis, aus Politik und Verbänden zu erfahren, haben die Bürgerinitiative „Landschaftsschutzgebiet Fettenberg-Deilbachtal“, der BUND und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN am 20. Mai 2009 zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung eingeladen. Die einhellige, kritische Meinung der Experten bringt Bewegung in die Sache.

Im Landschaftsschutzgebiet, erklärte Ingo Gödeke vom BUND aus Karlsruhe, dürfe man nur privilegierte landwirtschaftliche Betriebe errichten. Ein Hühnerstall in dieser Größenordnung erfülle dieses Kriterium jedoch nicht. Daran schloss sich der Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Johannes Remmel, an und forderte, das Baugesetzbuch zu überarbeiten. Jörg Liesendahl vom Wuppertaler BUND bekräftigte, dass das Landschaftsschutzgebiet für eine derart große Massentieranlage nicht geeignet



sei. Für Bio-Landwirt Bewig-Glashoff war klar, dass es sich bei dem Vorhaben keinesfalls um ökologische Landwirtschaft handeln könne.

Vor Gesundheitsgefahren warnte der Umweltmediziner Dr. Ammann. AnwohnerInnen und MitarbeiterInnen von Massentieranlagen lebten oder arbeiteten mit einer hohen Ammoniak-

und Feinstaubbelastung. Auch die Verfahrensweise lasse bei dem Bauvorhaben zu wünschen übrig, kritisierte Dr. Mittendorf von der Universität Wuppertal. BürgerInnenbeteiligung sei nicht vorgesehen. Daher forderte er, das Landesgesetz, das Bürgerbegehren regelt, zu ändern, damit in Fällen wie diesem Bürgerinnen und Bürger ein

Bauvorhaben ablehnen könnten.

Auch die Medien werden auf den Fall aufmerksam. Mittlerweile hat das WDR-Fernsehen in seiner Sendung „markt“ über den Investor und seinen Velberter „Hühner-Biopark“ berichtet. Zusammen mit der Tierrechtsorganisation PETA hatte der Sender recherchiert, dass die für die Haltung von Bio-Hennen vorgeschriebenen Auslaufflächen nicht groß genug seien. Daraufhin wurde dem Betrieb vorübergehend das Zertifikat für Bio-Eier entzogen. Wie die GRÜNEN herausfanden, hat die Verwaltung den Hühnerstall am Fettenberger Weg noch nicht genehmigt. Es stünden noch Prüfungen aus.



Foto: Privat

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Thomas Lenz, Anja Liebert,
Gabriele Mahnert, Marc Schulz, Susanne Sperling, Ilona Schäfer

Gastbeitrag: Jürgen Altmann,
Wirtschaftsförderung Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Porträts, Seite 3f.: Antje Zeis-Loi

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1,
42327 Wuppertal

Auflage: 79.130

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-
Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-
Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner
Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensold,
Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

RATSCHRONIK 29.06.2009

Massentierhaltung am Fettenberger Weg

Knapp 15.000 Legehennen sollen künftig im Landschaftsschutzgebiet am Fettenberger Weg Eier wie am Fließband legen. Die GRÜNE Fraktion hakte zur Ratssitzung am 29.06.09 nach und fragte die Verwaltung nach dem Stand der Dinge für den Massenstall. Noch habe sie den Bau nicht genehmigt, antwortete die Verwaltung, Prüfungen (z.B. zum Naturschutz) seien noch nicht abgeschlossen.

Wuppertal hinter Remscheid

Remscheid ist besser als Wuppertal, jedenfalls in Sachen fairer Beschaffung. Unsere Nachbarstadt kauft keine Produkte, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden.

Wuppertal schafft das bisher nicht, obwohl die Stadt zum Klima-Bündnis gehört, das im April ihren Mitgliedern empfohlen hat, ihre Ausschreibungen ökologisch, sozial und nachhaltig zu gestalten. Die GRÜNEN fragten also

nach, ob auch die Stadt Wuppertal ein faires Beschaffungswesen plant. Die Antworten lassen darauf schließen, dass sich die Verwaltung darum nicht besonders bemüht.

Klimaschutz in Wuppertal

Der Rat hat das Handlungsprogramm „Energieeffizienz und Klimaschutz 2009 bis 2020“ einstimmig beschlossen – Anlass für die GRÜNEN, ergänzend einige Fragen zu stellen wie z. B. nach den CO₂-Emissionen des Kohlekraftwerks Wilhelmshaven, an dem die Wuppertaler Stadtwerke Anteile haben. Die GRÜNEN beantragten ergänzend u. a. ein Gründer- und Entwicklungszentrum als „Energieeffizienz-Cluster“. Es soll den Weg bereiten für zukunftssichere und nachhaltige Arbeitsplätze. Später stellten auch CDU und SPD einen Ergänzungsantrag, der dem GRÜNEN in weiten Teilen erstaunlich ähnelt. CDU/SPD haben die GRÜNE Forderung nach einem Energiecluster erfreulicherweise übernommen und beschlossen.



Hier zu Hause: Bleiberecht statt Zitter-Status

Wer als Flüchtling nicht ausgewiesen werden kann, wird geduldet, und diese Duldung kann immer wieder verlängert werden. Eine Hilfe, wirklich hier anzukommen, ist dieser Zustand nicht.

Die Menschen, die eigentlich längst in Wuppertal zu Hause sind, müssen immer wieder neu zittern:

Werden sie auch in Zukunft weiterhin geduldet oder demnächst ausgewiesen? Mit dieser Zitterpartie muss Schluss sein, fordern die GRÜNEN und

forderten für den Rat, dass Wuppertal sich für ein wirksames Bleiberecht für lange hier lebende Flüchtlinge einsetzen soll.

Die bisherige Regelung würde dazu führen, dass zum Jahresende ca. 100 Menschen ausgewiesen werden müssten, die schon viele Jahre in Wuppertal leben. Ein entsprechender Ratsantrag von GRÜNEN, CDU und SPD wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

WSW Beteiligung an Kohlekraftwerk

Im öffentlichen Teil der Ratssitzung wurde teilweise sehr heftig und kontrovers über die Beteiligung der Wuppertaler Stadtwerke an dem geplanten Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven diskutiert.

Auf unserer Homepage können Sie alle Anfragen, Antworten der Verwaltung, Anträge und Redebeiträge der GRÜNEN im Rat noch einmal nachlesen: www.gruene-wuppertal.de.

KLEINKARIERT AM WUPPERUFER

■ ERTRINKEN VERBOTEN!



Die Verwaltung ist in großer Sorge um die BürgerInnen der Stadt. Schließlich sind diese der ständigen Gefahrenquelle eines reißenden Flusses ausgesetzt. Man steigt ein paar Stufen hinunter und steht unmittelbar an der Wupper. So nah, dass man die Füße hineinbaumeln lassen kann – und das mitten in der Barmer Innenstadt. Ein Gefühl, das der Wuppertaler an sich

(und natürlich auch die Wuppertalerin) nicht kennt! Und da fangen die Probleme an: Besonders auf der „Berme“ (das ist die Wiese, wegen derer das Wupperufer einem Golfplatz zum Verwechseln ähnlich sieht), denn von dort kann man hinunterstürzen – und zwar mehr als einen Meter tief. Doch woher soll der Wuppertaler das wissen? Um ihn davor zu bewahren, machten sich

die Planer Gedanken, wie das Wupperufer sicher gemacht werden könnte. Schlicht ein Geländer hinzubauen, schien zu gefährlich, bei Hochwasser könnten sich schließlich darin Gegenstände verfangen. An einer Hecke, die den BesucherInnen klar machen sollte: „Hier darfst Du nicht weiter gehen!“ fanden offenbar auch andere Gefallen. Kaum gesetzt, waren die Pflänzchen auch schon wieder verschwunden. So sah die Stadt sich gezwungen, die ästhetisch wenig ansprechenden Verbotsschilder aufzustellen, um im Falle eines Unfalles nicht für Schäden haften zu müssen. Ein „Betreten auf eigene Gefahr“ reichte nicht aus, wurde der Bezirksvertretung erklärt, und eine vergleichbare Rechtsprechung sei nicht bekannt. Wie aber lösen andere Städte das Problem? Sie verlangen von den Menschen, die Gefahr von Rhein oder Isar selbst zu erkennen. Nun, das ist, angesichts der Wupper, in unserer Stadt wirklich entschieden zu gefährlich...

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ MOTOR AUS AN ROTEN AMPELN

Wer auf den PKW angewiesen ist, kann die Umweltschäden zumindest durch vorausschauendes Fahren reduzieren. Das Motorabstellen an roten Ampeln lohnt sich bei älteren Fahrzeugen ab 20 Sekunden, bei neueren bereits ab 10 Sekunden Wartezeit. Das gleiche gilt natürlich an Bahnübergängen und im Stau. Wenn es im Stadtverkehr oder auf Autobahnen im Schnecken tempo

vorangeht, sollte man gleichmäßig und ruhig fahren, anstatt häufig schnell zu beschleunigen und abzubremesen. All das schont natürlich nicht nur Umwelt und Klima, sondern auch den Geldbeutel. Weitere Infos:

Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Wuppertal, Schloßbleiche 20, Tel.: 0202/447732



WUPPERTAL BESCHLIESST EU-CHARTA

■ SCHWARZ AUF WEISS: FRAUEN UND MÄNNER AUF AUGENHÖHE

Der Wuppertaler Rat hat der GRÜNEN Fraktion Rückenwind gegeben. Endlich steht auch das Stadtparlament fest einstimmig hinter der Forderung, die die GRÜNEN schon seit langem vehement stellen: die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Um dies zu erreichen, wird die EU-Charta deutlich:

„Wenn wir eine Gesellschaft schaffen wollen, die auf Gleichstellung beruht, müssen Lokal- und Regionalregierungen die Genderdimension in ihrer Politik, Organisation und praktischen Arbeit umfassend berücksichtigen. In der Welt von heute und morgen ist eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern auch der Schlüssel zu unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg – nicht nur auf europäischer oder nationaler Ebene, sondern auch in unseren Regi-

onen, Städten und Gemeinden.“ Konkret für Wuppertal bedeutet dies, dass die Stadt in den nächsten zwei Jahren einen Gleichstellungs-Aktionsplan erstellen und im Rat beschließen muss. Über die Fortschritte der Umsetzung wird regelmäßig berichtet, die PolitikerInnen können also jederzeit eingreifen, wenn es mit der Umsetzung nicht vorwärts gehen sollte.

Was CDU und SPD 2006 noch ohne Begründung abgelehnt haben, nämlich die GRÜNE Forderung nach Gender Budgeting, muss nun durch den Beschluss der EU-Charta von ihnen unterstützt werden. Auch das ist ein großer Erfolg.

Die Charta greift noch weitere GRÜNE Forderungen auf: eine BürgerInnenbeteiligung, die den Namen auch verdient, oder die nach mehr Frauen in den Parlamenten. Die GRÜNE Ratsfraktion setzt die Forderung schon lange um:

Bei uns sind 55,5% der Stadtverordneten – fünf von neun – Frauen. Weitere Forderungen der EU-Charta sind: Berücksichtigung von Gleichstellung im öffentlichen Beschaffungswesen, Berücksichtigung von Fraueninteressen bei der Stadtplanung, Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel, eine insgesamt ausgewogene und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, was die GRÜNEN ebenfalls seit Jahren thematisieren, die Verpflichtung auf ein hohes Maß an Schutz und Verbesserung der Umweltqualität, wozu auch Abfall, Lärm, Luftqualität, Biodiversität und Auswirkungen des Klimawandels gezählt werden.

Auch hier: GRÜN pur! Mit dem Aktionsplan, der nun aufzustellen ist, geht es endlich bei der Gleichberechtigung und bei der Nachhaltigkeit ein entscheidendes Stück vorwärts.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.